

# UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

AD-A-  
- Bibliothek -  
IBK/IFK/IS/SFK/PAE/ADD  
Inventar-Nr.

Z 6796 C

BONN 7. JANUAR 1966  
NR. 1 20. JAHRGANG

## Adenauer wurde neunzig

Gratulationscour in der Bonner Beethovenhalle und im Bundestag

Der neunzigste Geburtstag des ersten Kanzlers der Bundesrepublik wurde in einem überwältigenden Dank an Dr. Konrad Adenauer. An der Spitze der Gratulanten aus dem öffentlichen Leben, der Unionsparteien sowie der verschiedenen Organisationen und Verbände stand Bundesminister Dr. Heinrich Krone. Er ist einer der Männer, die seit Jahren Weggefährten Adenauers in der politischen Arbeit gewesen sind.

Dr. Krone sagte in seiner Geburtstagsansprache u. a.:

„Lassen Sie mich das, was ich zu sagen habe, mit der Wiedergabe einer kleinen Begebenheit beginnen:

Man hatte im kleinen Kreise über manches gesprochen und, wie es nicht gerade selten vorkam, das Gespräch ging in eine allgemeine Plauderei über; über Gott und die Welt, über die Menschen, wie sie nun einmal sind, und wie man am besten mit ihnen in der Politik zurechtkommt.

Bei einer dieser politischen Plaudereien war vom Alter und vom Altwerden die Rede.

Es waren Sie, Herr Bundeskanzler, der ich von einem der Großen dieser Zeit, so in die Jahrhundertwende herum, erzählte. Er war neunzig Jahre alt geworden, und als man ihm gratulierte und meinte, so einige Jahre sollten und müßten ihm doch noch vergönnt sein, da habe der Gefeierte etwas spitz aber souverän geantwortet, warum denn nur so einige, wenige Jahre, er halte dafür, daß man der göttlichen Vorsehung mit solchen Wünschen doch keine Grenzen setzen solle.

Nun, der das damals erzählte, ist heute selber neunzig Jahre alt. Rüstig wie eh und je ist er unter uns. Tag um Tag sieht ihn der Bundestag. Sein Kalender ist voll ausgefüllt, und im letzten Wahlkampf fing es wochenlang am Morgen mit den Reisen durchs Land an, und spät am Abend erst war Feierabend.

Ich meine, wo dem so ist, was können wir Gratulanten besseres tun, als daß wir uns den Ausspruch jenes Neunzigjährigen zu eigen machen, von dem der Kanzler damals erzählte. Auch wir sollten mit unseren Wünschen dem Herrgott keine Grenzen setzen, und dann kann es nichts schaden, wenn wir mit unseren guten Wünschen nicht sparsam sind.

Die geschichtliche Leistung Konrad Adenauers ist unbestritten. Sie besteht darin, daß dieser Mann nach 1945/1949 dem Sieger Schritt um Schritt die ihm zugefallene alleinige Hoheit abrang. Sie besteht nicht weniger in der Erkenntnis, daß dieses

neue Deutschland seine Selbständigkeit nicht mißbrauchen dürfe, sondern sich in bewußter Abkehr vom Nationalismus in die Gemeinschaft der freien Völker einordnen müsse. Die Freundschaft mit der freien Welt — das ist die große geschichtliche Leistung dieses Mannes — daß die Sieger über Deutschland unsere Partner wurden.

Dafür dankt Ihnen das deutsche Volk, dafür zollt Ihnen die freie Welt hohe Anerkennung, und auch der Gegner hat vor diesem Manne den Respekt, der der Leistung zukommt.“

### Ich glaube an Europa

Bundeskanzler a. D. Dr. Konrad Adenauer steht noch mitten im politischen Leben. Wie sehr ihn die aktuellen Fragen unserer Zeit berühren, zeigt ein Beitrag, der in der Januar-Ausgabe der Zeitschrift „Europa“ veröffentlicht worden ist.

Die Frage nach der Entwicklung Europas beschäftigt die Völker und die verantwortlichen Politiker unseres Kontinents. In diesen Zeiten hört man täglich die besorgten Fragen nach der Zukunft Europas. Man spricht sogar von einer Krise, aus der ein Ausweg vorerst nicht zu sehen sei. Es ist nicht zu leugnen, daß die europäische Entwicklung an einem Punkt angelangt ist, von dem aus jeder weitere Schritt nach vorn mit Bedacht und nüchterner Überlegung getan werden muß. Je näher man dem Ziel ist, um so kürzer werden die Schritte, um so beschwerlicher wird jeglicher Fortschritt. Das ist die allgemein gültige Erfahrung der Politik, und sie trifft natürlich auch auf die europäische Entwicklung zu.

Ich bin daher trotz mancher unnötigen Verzögerung und trotz des angeblichen Stillstands keineswegs pessimistisch. Der europäische Gedanke ist für die Völker unseres Kontinents ein wesentlicher Bestandteil der politischen Wirklichkeit geworden, und ich bin fest davon überzeugt, daß sich die Uhren nicht mehr zurückdrehen lassen. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir angesichts gewisser Unzulänglichkeiten resignieren wollten, es wäre vollends verantwortungslos, wenn wir unsere ganze Energie darauf verwenden würden, nach dem oder den Schuldigen zu fahnden oder die Schuld immer nur

bei anderen zu suchen. Es ist weder klug noch gerechtfertigt, den Vorwurf des wieder auflebenden nationalen Egoismus ausschließlich gegen die übrigen Partner zu erheben.

Aber ich will mich dabei nicht länger aufhalten, weil ich das heute Erreichte zu hoch veranschlage und zu genau weiß, daß gegenseitige Vorwürfe noch nie zu guten Ergebnissen geführt haben. Niemand wagte 1945 nach dem Zusammenbruch Europas zu hoffen, daß dieser zerschlagene, von gegenseitigem Haß vergiftete Kontinent nach weniger als 20 Jahren einen gemeinsamen Markt würde schaffen können, vor dem die gesamte Welt Respekt hat und der eine wirtschaftliche Großmacht ersten Ranges darstellt, mit der selbst die beiden größten Industrienationen, die USA und die UdSSR, rechnen müssen.

Das ist eine große geistige und moralische Leistung, auf welche die sechs Nationen, die dieses Werk in Angriff genommen haben, mit Recht stolz sein können. Wenn uns anfangs die Begeisterung nach vorne getrieben hat, so muß uns heute die Geduld, die Beharrlichkeit und die Nüchternheit leiten. Ich selbst glaube an Europa, und ich rufe alle Europäer auf, mutig, optimistisch und zielbewußt ans Werk zu gehen.

# Bedenklicher Scherz

## Eklatanter politischer Fehltritt des Berliner Senats

Zwei Geschehnisse in Berlin haben im auslaufenden alten Jahr die Berliner Öffentlichkeit erregt: der Mord an der Mauer in der letzten Weihnachtsnacht und das Ost-West-Kabarett „Die dreckigen zwanziger Jahre“ am Sylvesterabend in der Kongreßhalle.

Weder die ersten Ankündigungen dieser kabarettistischen Sylvestershow mit Künstlern aus dem Westen und mit Vertretern des kulturellen Lebens in Ostberlin noch die dafür verantwortlich zeichnende Konzert- und Gastspielagentur Biesold (durch links-tendenziöse Veranstaltungen hinreichend bekanntgeworden) hatten die Berliner Senatsstellen hellhörig gemacht. Selbst Namen östlicher Protagonisten wie Rolf Ludwig, Käthe Reichel und Gisela May, die seinerzeit den Bau der Mauer begrüßt hatte, auch wenn er für die Menschen in Berlin „Opfer“ mit sich brächte, und die zu den Mitwirkenden dieses Kabarettabends zählte, vermochten den Senat nicht nachdenklicher zu stimmen.

Als dann zu Weihnachten ein junger Dortmunder von Ulbrichts „Grenzwächtern“ erschossen wurde, als Hanne Wie-

der und Helen Vita ihre Teilnahme an der Veranstaltung mit der Begründung absagten, ein gemeinsames Auftreten mit der Kommunistin Gisela May sei für sie nicht zumutbar, sahen Kultussenator Stein und Verkehrsminister Theuner noch immer keinen Anlaß, zu intervenieren. Stein erklärte einen Eingriff nur dann für gerechtfertigt, wenn es um „ganz große politische Prinzipien“ ginge, und Theuner, der den Vertrag mit der Agentur gutgeheißen hatte, meinte schlankweg, ihm sei von einer Beteiligung Ostberliner Kabarettisten nichts bekannt gewesen.

Gleichzeitig versuchte ein Sprecher die Lethargie der Senatsmänner mit den Worten zu rechtfertigen, die freiheitliche Ordnung in Westberlin sei stark genug, auch Gisela May zu „verkräften“. Dieser Satz verstärkte den Eindruck öffentlicher Kreise, der Senat könne oder wolle in dieser Sache nicht aktiv werden. „Wir haben in der Tat schon mehr verkräftet“, schrieb der Westberliner „Tagesspiegel“, „nicht zuletzt solche am Kern des Problems vorbeigehenden Senatskommentare. Ob man es für richtig hält, dieses Programm mit diesen Mitwirkenden zu diesem Zeitpunkt an dieser Stelle in Szene setzen zu lassen, ist eine Frage der Würde, der Selbstachtung, des Stils.“

Auch die Berliner CDU mißbilligte das kabarettistische Ost-West-Treffen und rief die Berliner zum Boykott dieser Veranstaltung auf. Es sei eine Zumutung,

daß in der Kongreßhalle Befürworter der Mauer aufträten, hieß es in der Erklärung, während an dieser Mauer weiterhin wehrlose Menschen umgebracht würden. In einem Offenen Brief fragte der CDU-Abgeordnete Wolff den Regierenden Bürgermeister Brandt, ob es in dem gegenwärtigen Senat niemanden mehr gäbe, der sich ob solcher Veranstaltung — noch dazu in der Kongreßhalle — schäme und angesichts der Mauer-Morde ein Empfinden dafür habe, daß das Auftreten kommunistischer Künstler ein Schlag ins Gesicht für die Mehrzahl der Berliner Bürger sein müsse. Gleichzeitig warnte Wolff davor, die „erschreckend zunehmende kommunistische Infiltration“ zu verharmlosen und ihr mit Untätigkeit zu begegnen.

In einem Kommentar der Welt vom 3. Januar 1966 zu dem kümmerlichen Verhalten des Berliner Senats in dieser Affäre heißt es: „Es ist unbegreiflich, daß beim Berliner Senat für solche Eventualitäten keine Regelung besteht. Man kann daher nicht umhin, sein Verhalten fahrlässig zu nennen. Was auch immer der Veranstalter den Beamten der Verwaltung Verkehr gesagt hat, ob er die Künstler aus dem Osten verschwieg oder ob er es vergaß, bei ihrer Nennung ihre Herkunft hinzuzufügen — der Senat hat es sich zu leicht gemacht.“

So kam es, daß in einem offiziellen Gebäude ein Programm abrollte, in dem an Hand der „dreckigen zwanziger Jahre“ auf „gesamtdeutsche Art“ unterschwellig Stimmung gemacht wurde. Gegen wen? Das Programm bevorzugte Texte, in denen die Parteien durch den Kakao gezogen wurden, die an der Erhaltung der Weimarer Republik interessiert waren: die SPD und das Zentrum. Ihre Erben sind seltsamerweise auch heute die Stützen der freiheitlichen Gesellschaft in Deutschland.“

## Verbesserungen angeregt

Der Arbeitskreis für Kriegsopferfragen der CDU in Niedersachsen behandelte auf einer Sitzung in Hannover einzelne Punkte des von der Bundesregierung neu angekündigten Dritten Neuordnungsgesetzes.

Der Vorsitzende Ernst Buddensieg, Hannover, erklärte nach der Diskussion:

- daß die dynamische Anpassung der Kriegsofferversorgung nicht von der Beamtenversorgung abhängig gemacht werden sollte. Die Beamtenversorgung sei nicht dynamisch und unterliege der Gesetzgebung des Bundes und der Länder. Die dynamische Anpassung der Kriegsofferversorgung müsse deshalb an die allgemeine Bemessungsgrundlage in der Rentenversicherung unter Einfügung einer Besitzstandsklausel erfolgen,
- daß die Hinterbliebenenrenten für Witwen 60% der Versorgungsrente des Ehemannes betragen sollten. Der Grundsatz der Regelung bei den Witwenrenten in der Sozialversicherung sei hier zu berücksichtigen,
- daß die Verbesserung des Berufsschadens durch eine Angleichszulage herbeizuführen sei, sowie
- daß der Status der versorgungsberechtigten Hinterbliebenen bei Überschreitung einer festzusetzenden Einkommensgrenze auch ohne Geldleistungen erhalten bleiben muß. Der Versorgungsstatus beziehe sich für diesen Personenkreis auf Krankenbehandlung und Heilfürsorge.

Die Erklärung des Bundesarbeitsministers Katzer, das dritte Neuordnungsgesetz im Bundestag einzubringen und zu verabschieden, wurde einhellig begrüßt. Abschließend wurde von den Ausschußmitgliedern auch darauf hingewiesen, daß die Prüfung der Hinterbliebenenrenten insbesondere für Witwen ohne neue Antragstellung von Amts wegen erfolgen könnte, weil es der Fürsorgepflicht des Staates gegenüber den Kriegsopfern entspreche.

## Eine Initiative der CDU

### Auch für Niedersachsen ein Immissionsschutzgesetz verabschiedet

**Einstimmig hat der niedersächsische Landtag ein Immissionsschutzgesetz verabschiedet, das dem Schutz der Bevölkerung vor Luftverunreinigungen und Lärmbelästigung dient. Das wichtige Gesetz füllt Lücken aus, die sich aus der bisherigen Nebeneinander von Bundes- und Landesgesetzen für dieses Gebiet ergaben. Der Landtag folgte damit einer Initiative der CDU-Fraktion.**

Wie der CDU-Landtagsabgeordnete Watermann als Berichterstatter der für die Beratung des Gesetzes zuständigen Ausschüsse erklärte, folgt Niedersachsen weitgehend entsprechenden bewährten Landesgesetzen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Über die Notwendigkeit des Gesetzes sagte Watermann u. a.: „Es sucht Menschen vor gesundheitlichen Gefahren und vermeidbaren Belästigungen zu schützen und beschränkt sich auf die Abwehr von erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen — dies alles aber nur soweit, wie es der jeweilige Stand der Technik gestattet und wie es wirtschaftlich vertretbar ist. Damit ist zugleich auf die Möglichkeiten des kleinen Handwerksbetriebes Rücksicht genommen. Die entscheidende Bedeutung dieses Gesetzes wird in seiner erzieherischen Wirkung liegen.“

Der CDU-Abgeordnete Dr. Müller-Hacicus wies als einziger Diskussionsredner die Besorgnis der Bauwirtschaft

zurück, daß das Gesetz über das Bundesgesetz zur Bekämpfung des Baulärms hinaus zusätzliche Auflagen erteile. Diese Materie sei durch das Bundesgesetz abschließend geregelt worden.

Durch die Verabschiedung des Gesetzes wurde eine Große Anfrage der SPD- und der FDP-Fraktion zu den behandelten Problemen gegenstandslos.

## Bund finanziert Spanien-Gastspiel

Rund 45 000 DM Zuschuß leistet das Auswärtige Amt für ein Gastspiel des Staatstheaters Braunschweig, das im Januar 1966 in Spanien stattfinden soll. Ohne die Initiative des Braunschweiger CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Edgar Jahn hätte das Gastspiel ausfallen müssen, da das niedersächsische Kultusministerium wegen der schlechten Finanzlage des Landes keine Mittel mehr für derartige Zwecke zur Verfügung hat.

# Das Abkommen fehlt

Der Bund gibt Geld für Medizinische Akademien

Die Frage, ob Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik genügend Bedeutung beigemessen wird, ist ein immer wiederkehrendes Diskussions-thema der Öffentlichkeit. Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Dr. Stoltenberg, hat vor kurzem in einem Rundfunkinterview zu diesen Themen Stellung genommen.

Er setzte sich darin für ein stärkeres Erkennen der Notwendigkeiten auf diesen wichtigen Gebieten des öffentlichen Lebens ein, ohne dabei die Möglichkeiten zu übersehen, die bei der angespannten Haushaltslage gegeben sind.

Diese Frage wurde auch von dem kulturpolitischen Informationsdienst untersucht, der von dem Kulturpolitischen Büro der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU herausgegeben wird. In der zweiten Dezember-Nummer hieß es dazu u. a.:

Niedersachsen und Schleswig-Holstein erhalten vom Bund Zuschüsse in Höhe von insgesamt 20 Millionen DM für den Bau ihrer Medizinischen Akademien in Hannover und Lübeck. Der Zuschuß ist als Bindungsermächtigung im Bundeshaushalt für das Jahr 1965 ausgewiesen. 15 Millionen DM soll davon Hannover erhalten. Fünf Millionen DM gehen an die geplante Medizinische Akademie in Lübeck. Auch in den Bundeshaushalt 1966 soll wieder ein Betrag für die Medizinischen Akademien eingesetzt werden.

Diese Bundesausgaben stellen einen Präzedenzfall für eine Beteiligung des Bundes an Neugründungen dar. Noch immer fehlt ein Abkommen zwischen Bund und Ländern über diese Angelegenheit. Die Bundesregierung will in den Fällen, in denen sie sich bei Neugründungen finanziell beteiligt, über den Wissenschaftsrat an den Planungen, nicht jedoch an der Verwaltung beteiligt sein. Dar-

über stehen noch schwierige Verhandlungen bevor, schon weil auch davon die Planungen von den bestehenden Hochschulen betroffen werden könnten. Vor fünf Jahren war der Wissenschaftsrat bei den bestehenden Hochschulen noch von einem Bedarf von 2,5 Milliarden DM ausgegangen. Inzwischen hat dieses Planungsvolumen 9 bis 10 Milliarden DM erreicht. Die Länder hatten die Hoffnung, daß sich der Bund mit etwa 500 Millionen DM am Hochschulausbau beteiligen und dann die Hälfte der in Rechnung gestellten Kosten von jährlich einer Milliarde DM tragen würde. Abgesehen von der finanziellen Zwangslage, die es dem Bund unmöglich macht, diesen Wunsch zu erfüllen, wehrt sich die Bundesregierung auch prinzipiell gegen den Gedanken, 50% der Kosten für den Hochschulausbau zu übernehmen.

Selbst nach einer, bei den bisher bekanntgewordenen Zahlen möglichen Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Hochschulneugründungen, könnte Bonn nur etwa 375 Millionen DM aufbringen. Obwohl dieser Betrag um 100 Millionen DM über der Leistung des Vorjahres liegen würde, wären die Wünsche der Hochschulen immer noch weitgehend unerfüllt. Auf jeden Fall werden im Jahre 1966 die Ausgaben auf diesem Sektor hinter den begründeten Anforderungen zurückbleiben müssen, da auch die Länder nicht in der Lage sein werden, alle Projekte zu finanzieren.

## 4000 Fluchtversuche

Eine Befragung des Bundesgrenzschutzes

Nach Angaben des Bundesgrenzschutzes versuchten mehr als 4000 Menschen seit dem 1. Januar 1965, über die Zonengrenze in die Bundesrepublik Deutschland zu fliehen. Nur jeder dritte Fluchtversuch gelang.

Das ergaben Befragungen ehemaliger aktiver Grenzsoldaten der Sowjetzone, die in den letzten Wochen und Monaten in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtet sind. Während im Jahr 1964 insgesamt 1674 Personen in die Bundesrepublik Deutschland flüchten konnten, gelang die Flucht im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Oktober 1965 1233 Personen. Die Zahl derjenigen, deren Fluchtversuch mißlingt, ist durch Beobachtung der Vorgänge an der Demarkationslinie vom Bundesgebiet aus nicht mit Sicherheit festzustellen. Maschinenpistolen-

Feuerstöße, Einzelschüsse und abgeschossene Leuchtkugeln können ebenso einen entdeckten Fluchtversuch bedeuten wie eine Übung der sowjetzonalen Grenztruppe.

Selbst wenn Beamte des Bundesgrenzschutzes oder des Zollgrenzdienstes unmittelbar an der Demarkationslinie die Festnahme eines Flüchtlings beobachten, kann es sich in Wirklichkeit um eine makabre Übung handeln. Genauere Angaben können deshalb nur geflüchtete Angehörige der NVA-Grenztruppe machen. Aus diesen Aussagen geht hervor, daß rund 50 Prozent der Flüchtlinge innerhalb der 5-km-Sperrzone von Streifen der „Volkspolizei“ oder durch die „Hinterlandsicherung“ der Grenztruppe aufgegriffen werden. Etwa weitere 20 Prozent der Flüchtlinge werden kurz vor oder im 500-m-Schutzstreifen gestellt. Demnach läßt sich aus den geglückten Fluchtunternehmen vom 1. Januar bis 31. Oktober 1965 errechnen, daß mehr als 4000 Personen die Flucht versucht haben.

## Am Rande

ar. Wenn einer heutzutage neunzig wird, dann pflügt der Reporter der Fernsehregionalsendung zu ihm ins Haus kommen, der Bürgermeister oder gar der Landrat, und alle bescheinigen dem Jubilar „körperliche und geistige Frische“. Nicht so bei Konrad Adenauer. Wer Gelegenheit hatte, die Geburtstagsfeierlichkeiten unseres Parteivorsitzenden im Fernsehen oder aus der Nähe mitzerleben, dem ist klar geworden, wie wenig bei diesem einzigartigen Manne die hergebrachten Formeln und Floskeln passend erscheinen, die man für so seltene Geburtstage zur Verfügung hat.

Da stand einer, aufrecht und kerzengrade, und die Welt war bei ihm zu Gast. Man drängte sich, ihm seine Glückwünsche darzubringen, und es war, wie schon die letzten Adenauer-Geburtstage, nur noch in vermehrtem Maße, ein Familienfest von Partei, Bundestag und Staat. Ein Familienfest, wie es nur zur Ehre einer Persönlichkeit gefeiert werden kann, die in ihrem Leben die ganze Fülle unserer Zeit verkörpert, und der man dafür die zukommende Ehre zollt.

Konrad Adenauer, der vielfach Geehrte, nahm die Glückwünsche gelassen, aber auch gerührt entgegen. Er hat gesehen, daß die vielen Gratulanten nicht kamen, um der Sensation von Konrad Adenauers neunzigstem Geburtstag beizuwohnen, sondern er hat spüren können, daß hinter all dem Gepränge, aber auch hinter manchem stillen Händedruck der Dank einer Nation stand. Der Geburtstag war eine Treuekundgebung seiner Partei, eine Danksagung der Bürger und ein Fest der Treue und des Dankes für alle, die seinen Weg mitgegangen sind.

Manchmal, wenn der Strom der Gratulanten allzu heftig heranwogte, konnte sich der Betrachter fragen, ob denn der ganze Trubel dem Jubilar selber Spaß machte. Wer Konrad Adenauer dabei beobachtete, wie er von Zeit zu Zeit einem Enkel über den Kopf strich, wie er in gewohnter Weise den Gratulanten mit einem kleinen Witzwort antwortete, der merkte es: der Neunzigjährige stand seinen Ehrentag wie eh und je in bewunderungswürdiger Selbstbeherrschung durch, weil er wußte, wieviel mehr hinter dem allen steckt als pure Sensationshascherei.

Es war ein Tribut an die Größe, es war aber auch eine Spur von Abschied dabei. Für die CDU, die am Geburtstag Konrad Adenauers wußte, daß er sich im März beim Parteitag nicht mehr zur Wahl stellen wird, hieß es auch zugleich, sich auf eine Zeit vorzubereiten, in der Konrad Adenauer nicht mehr mit der Last des Parteivorsitzers beladen ist. Sein Erbe verpflichtet uns alle. Sein Werk stellt an alle Mitglieder der CDU die größten Anforderungen. Es geht darum, sich Konrad Adenauers würdig zu erweisen.

### Kommission gebildet

Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion hat eine aus sachverständigen Abgeordneten und Vertretern der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU bestehende Kommission gebildet, die die Fraktion bei der Vorbereitung für die geplante Gebietsneuordnung und Verwaltungsreform beraten soll.

# Narren-Ärger

## Wirbel um „Hallo Nachbarn“ – Und die Hintergründe?

Wieder haben die Narren vom Hamburger „Hallo Nachbarn“ für einigen Wirbel gesorgt. Es handelt sich um die letzte Sendung, bevor die Aufsichtsgremien des Norddeutschen Rundfunks sich mit den geringen Möglichkeiten zur Fortsetzung dieser qualitativ regelmäßig mißlingenden Sendung befassen wollten. Es stand so gut wie fest, daß diese schwache und trotz großem Aufwand schlecht gemachte Sendung eines unrühmlichen Todes sterben würde. Im Bewußtsein dieser Tatsache überdrehte man die letzte Ausgabe und baute einige strafrechtlich relevante Äußerungen ein, so daß der Intendant des NDR nichts anderes übrig blieb, als die Sendung abzusetzen. Da man die vermeintliche Zensur noch einem CDU-Mitglied anlasten konnte, obgleich Intendant Schröder (SPD) sich selbst für die Absetzung ausgesprochen hatte, war das konstruierte Politikum perfekt. Auf diese Ebene gehört der Vorgang aber nicht, trotz der Proteste von SPD, DGB und IG Metall. Die im folgenden abgedruckten Pressestimmen machen das mit Recht ganz deutlich:

„In der Silvesternacht hat die Münchner Lach- und Schießgesellschaft ihren ätzenden Wortwitz frei spielen lassen können. Nie und nirgends hatte das politisch-satirische Kabarett soviel Freiheits-Spielraum. Denn es mault und attackiert nicht mehr in engen, kleinen Katakomben vor Grüppchen von Kennern, es hat über den Fernsehschirm die größdenkbare Publizität der Millionen — und soll sie haben. Die Münchner kamen den Hamburger Kollegen gleich kräftig und heftig zu Hilfe. Sie nannten den Hamburger Intendanten ein Würstchen, dem sie's schon heiß machen würden. Auch das sei den hilfreichen Kollegen nicht verwehrt. Aber Kabarettisten haben öffentliche Narrenfreiheit, weil sie öffentliche Narren sind. Herren haben Narren legal ertragen und nicht selten sogar gefördert. Denn Herrschaft drückt, und Druck sucht sich Ventile. Hoffen wir, daß unsere Herren sich richtig verhalten, nämlich gelassen. Aber es gibt auch für Narren Grenzen. Wir meinen nicht die eines legal fragwürdigen und schwer definierbaren Anstandes. Wir meinen die Grenzen der Kompetenz. Weil das Fernsehkabarett ‚Hallo Nachbarn‘ einmal seine Weisheit nicht los wurde, drohen die anderen solidarisch mit Streik. Streik des politischen Kabarettis? Daß wir nicht lachen! Da machen sich nun gar die Narren lächerlich. Herr Sammy Drechsel macht nicht mehr mit? Herr Wolfgang Neuss macht nicht mehr mit? Die Stachelschweine sind kollektiv solidarisch? Ei nun, liebe Narren, dann laßt es eben bleiben! Narren, die aus der Rolle fallen, sind nicht mehr komisch. Wenn Leutchen, die durch ihr keckes Mundwerk ergötzen, sich selber strafen wollen, wer wird sie daran hindern? Wer wird sich von Kabarettisten bange machen lassen?“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 1. 66

\*

„Bei ‚Papas Pantoffelkino‘ und seinen Nachbarn war im Mittwoch das Hallo groß. Da wagte doch ein stellvertretender Intendant, eine Sendung abzusetzen. Eine Sendung, in der vorwiegend Regierung, Rechtsstaat, ja die parlamentarische Demokratie madig gemacht wurden, mit Musik und Pfiff natürlich. Wollte da nicht ein ‚Stellvertreter‘ den (stark links humpelnden) Satiren-Hunden einen Maulkorb umbinden? Man war empört. Der Sprecher der Sendung, Schauspieler Münch, fand das Abgesetzte ‚besonders

harmlos‘, und die SPD, selten Zielscheibe der ‚Nachbarn‘, sprach von einer ‚schwerwiegenden Sache‘.

Wie wäre es, wenn diese Herren sich einmal über die Satzungen einer Rundfunkanstalt unterrichten ließen? Oder wenn die empörten Hörer sich über die Rechte und Pflichten einer öffentlich-rechtlichen Anstalt informierten? Zudem: Jeder Chefredakteur hat das Recht (und oft auch die Pflicht!), einzelne Beiträge nicht zu bringen. Warum will man einem Intendanten — obwohl Zeitung und Rundfunk nicht das gleiche sind — diese gleichen Rechte streitig machen?

Im klassischen Land der Demokratie hat die BBC drei Versuche unternommen, eine politisch-satirische Sendung zu bringen. Alle drei Versuche sind gescheitert, weil es so, wie man dachte, einfach nicht ging. Sollten unsere empörten ‚Hallo-Leute‘ da nicht etwas vom Nachbarn in England lernen können?“

Kölnische Rundschau, 31. 12. 1965

\*

„Der verantwortliche Intendant des Norddeutschen Rundfunks und sein Stellvertreter haben die letzte Sendung von ‚Hallo Nachbarn‘ begutachtet, und sie sind zu der Entscheidung gekommen, daß sie ‚in toto unsendbar‘ sei und abgesetzt werden müsse. Und so geschah es am letzten Mittwoch des alten Jahres. Seitdem ist die Aufregung groß, wobei dahingestellt sein mag, inwieweit sie nicht auch künstlich gesteuert ist. Denn keiner von denen, die diesen Lärm veranstalten, hat die Sendung gesehen. Sie können doch alle nur mehr oder weniger aus der hohlen Hand protestieren, auch Helmut Schmidt von der SPD, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die IG Metall.

Entweder: Die Intendantz des Norddeutschen Rundfunks trägt die Verantwortung für das, was gesendet wird. Dann muß sie auch von dieser Verantwortung Gebrauch machen, wenn sie es für nötig hält. Oder aber: Rundfunk und Fernsehen werden zur freien Wildbahn, auf der sich jeder nach Belieben austoben kann. Und dazu ist dieses Instrument der Öffentlichkeit sowohl seiner Bedeutung wie seiner öffentlich-rechtlichen Struktur nach nicht geeignet. Wer auf die freie Wildbahn gehen will, muß sich nach anderen Stätten seines Wirkens umsehen.

Es spricht nicht für die Eignung des Leiters der Unterhaltungsabteilung des

Norddeutschen Rundfunks, Henri Regnier, wenn er sagt, daß er diese Lieblingskinder als Ausgleich für die vielen ‚Schnulzen‘ brauche, die er produzieren müsse. Diesen Ausgleich sollte er sich dann ebenfalls anderswo suchen. Ganz abgesehen davon, daß er wenig Achtung vor seiner Arbeit wie vor den Millionen seiner Zuschauer zu haben scheint, wenn er das, was er ihnen sonst zu bieten hat, als ‚Schnulzen‘ abwertet.

Was aber nun ‚Hallo Nachbarn‘ anbelangt, so ist der junge Mann, der diese Sendung verbricht, nicht erst seit heute auf die schiefe Ebene geraten. Was hier als Satire und Zeitkritik geboten wurde, hatte nichts mehr mit Geist und Witz oder gar Charme zu tun, es waren meist recht verantwortungslose politische Tiefschläge unterhalb der Gürtellinie. Hier war die Freiheit über die Libertät offen zu Libertinage geworden.“

Die Welt, 3. 1. 1966

\*

„Die übliche Protest-Gemeinde ist wie gewohnt mit Sturmgepäck zur Stelle. SPD, DGB, die Lach- und Schießgesellschaft und ähnliche Institutionen, die ein Dauerabonnement auf die Verteidigung demokratischer Freiheiten haben, schießen einträchtig auf die Intendantz des Norddeutschen Rundfunks. Der Grund: die Absetzung der Sendung ‚Hallo Nachbarn‘, veranlaßt vom stellvertretenden Intendanten von Hammerstein, der zu allem Überfluß noch in der CDU ist. Wenn es da nichts zu protestieren und zu retten gäbe!

Die Protestwelle war im voraus kalkulierbar. Wer auf ihren Wogen reitet — von halblinks bis ganz links —, zeichnet sich durch eine vollautomatisierte Protestfähigkeit aus, die sich nicht dabei aufhält, nach den Gründen zu fragen.

### SPD „fiel um“

Entgegen der ersten Unmutsäußerung der SPD, es handle sich bei der Absetzung der Sendung „Hallo Nachbarn“ um eine „schwerwiegende Sache“, hört man nun aus den Reihen der Opposition erheblich gedämpftere Töne. Auch in der Bonner SPD-„Baracke“ hat es sich inzwischen herumgesprochen, daß von Hammerstein (CDU-Mitglied) im Auftrag des erkrankten Intendanten Schröder (SPD-Mitglied) handelte, als er die Sendung absetzen ließ. Hättest Du geschwiegen. ...

Man protestiert halt, weil man ja so sehr für die Demokratie ist und die anderen so sehr dagegen, weil sie sonst doch wohl auch protestieren würden.

Nun ist allerdings die Welt selten so unkompliziert, wie sie sich manchmal protestierenden Kabarettisten und anderen Patentdemokraten darstellt. Selbst der NDR, oft genug ein Hort der Narrenfreiheit, hat einen Staatsvertrag, der eben dieser Narrenfreiheit Grenzen setzt. Selbst der NDR hat einen Intendanten,

Fortsetzung Seite 5

# Albertz will mehr Macht

Berliner CDU: Spitzenkräfte nicht in die Wüste schicken

Bürgermeister Albertz hat die Alliierten wieder einmal vor ein *Fait accompli* gestellt. Albertz hat die Genehmigung der Alliierten zu der — zumindest in der Form rechtlich umstritten — Umorganisation des Landesamtes für Verfassungsschutz in eine Abteilung des Innensensors dazu benutzt, mit der Berufung des früheren Mitarbeiters des SPD-Ostbüros, Eberhard Zachmann alias Müller, zum neuen Leiter des Amtes weitere Personalveränderungen durchzumogeln.

Mit Zachmann, über dessen Tätigkeit als Leiter des Referats S beim Innensensor nichts Nachteiliges bekannt geworden ist, der bisher allerdings nicht Beamter ist, soll dessen Mitarbeiter Günter Backhaus, ein Beamter des mittleren gehobenen Dienstes, in das Landesamt für Verfassungsschutz einziehen. Da bei jedem Mitarbeiter dieser Dienststelle die verwandtschaftlichen Verhältnisse aus Sicherheitsgründen — nicht etwa aus Rudimenten von Sippenhaftungsvorstellungen — genau überprüft werden müssen, ist es ungewöhnlich, daß Backhaus als der Schwiegersohn eines Westberliner SED-Kandidaten Vertrauter von Zachmann sein soll.

Gleichzeitig soll Regierungsdirektor Heino Faas, der das Landesamt für Verfassungsschutz seit der umstrittenen Beurlaubung des früheren Amtsleiters Wiechmann fast ein Jahr lang kommissarisch geleitet hat, sein Bündel schnüren und anderweitig beim Innensensor verwendet werden. Wenn man weiß, daß

Faas als Volljurist fast zehn Jahre lang stellvertretender Leiter des Amtes war, erscheint der Verdacht nicht abwegig, daß man den fachlich wenig versierten Zachmann nicht einer eingearbeiteten Kraft vorsetzen will. Ein Sprecher der CDU erklärte dazu, man könne nicht die Spitzenkräfte des Verfassungsschutzes in die

Wüste schicken und leitende Stellen mit Kräften besetzen, die die erforderlichen Voraussetzungen nicht mitbrächten.

Ob Bürgermeister Albertz mit seiner Maßnahme bezweckt, das früher einmal wirkungsvolle Instrument gegen östliche Spionage und Infiltrationsversuche zu einer Nebenstelle des Ostbüros der SPD zu degradieren, oder ob er seit der in der Öffentlichkeit so umstrittenen Abberufung Wiechmanns wirklich keinen anderen Leiter für das Verfassungsschutzamt gefunden hat, muß dahingestellt bleiben.

Insgesamt beweise die fragwürdige Eingliederung des Landesamtes für Verfassungsschutz in die Innenverwaltung erneut die Sucht des Bürgermeisters nach verstärkten Kompetenzen, erklärte die CDU zu der Umorganisation Berliner Ämter.

Fernsehen und Hörfunk

## Nützliche Erinnerungen

Den politischen Parteien wird häufig der Vorwurf gemacht, sie würden zu oft Sendungen in Hörfunk und Fernsehen kritisieren und zu selten ein Lob für eine besonders gelungene Sendung aussprechen. Dieser Vorwurf soll gleich mit einem Gegenbeispiel entkräftet werden. Es gab in der vergangenen Woche im Deutschen Fernsehen eine Sendung, die in der Tat höchstes Lob verdient. Matthias Waldens Bericht über „Die ‚goldenen‘ vierziger Jahre“ weckte Erinnerungen an die Zeit zwischen 1946 und 1948. Von den sicher an die zehn Millionen Zuschauern, die diese Sendung gesehen haben dürften, wird nahezu die Hälfte diese Zeit nicht mehr bewußt und intensiv miterlebt haben. Es war deshalb verdienstvoll, diese Jahre noch einmal mit so eindrucksvollen Bildern vor unseren Augen lebendig werden zu lassen.

Wir alle waren damals — nicht einmal 20 Jahre ist das her — in jeder Weise „draußen vor der Tür“. Wir hungerten und standen bis zu 20 Stunden vor der Freibank an und warteten auf Kadaverationen. Walden zeigte mit seinem geschliffenen, aber zu keiner Zeit belehrenden Text, daß wir damals skeptisch und zuersichtlich zugleich waren. „Das Volk erlebte eine gigantische Robinsonade, nur war die Insel, auf die es verschlagen war, ohne Palmen, und keiner war ganz allein.“ Damals, als 500 Gramm Kakao noch 600 Reichsmark kosteten, waren Begriffe wie Punktsystem und Care-Pakete, Entrümmerung, Tauschzentralen und schwarzer Markt, die wir heute kaum noch kennen, der äußere Rahmen, in dem sich unser karges Leben abspielte. Aber wir fanden auch zu uns selbst zurück. Heute spielt man seltener so Theater, wie damals Karl John in Wolfgang Borcherts Stück, das als „Liebe 47“ einer unserer eindrucksvollsten Nachkriegsfilme wurde.

Gerade in der Weihnachtszeit war diese Dokumentation zu einem Thema, das uns alle zur Besinnung veranlassen sollte, nützlich und notwendig. Golden waren die Jahre zwischen 1946 und 1948, dem Jahr der Währungsreform, nicht, aber Matthias Walden zeigte, wieviel

Grund zur Dankbarkeit wir heute eigentlich hätten. Diese vorbildliche Sendung verdient Anerkennung und vielleicht sogar einen der zahlreichen Fernsehpreise.

Noch ein anderes Vorhaben, diesmal aus dem Bereich des Hörfunks, muß hervorgehoben werden. In Idee und Thema paßt es sehr gut zu der soeben besprochenen Sendung. Eine Woche lang brachte der Südwestfunk in seinem ersten Programm im Anschluß an die Mittagsnachrichten und die Presseschau Nachrichten des Jahres 1945. Auch hier gab es ein Wiedersehen mit einer Zeit, die man gemeinhin noch so gut zu kennen glaubt. Und doch, wie vieles hat man vergessen, wie viele Details registrierte man mit Überraschung, ja manchmal mit unberechtigten Zweifeln an der Echtheit dieser Dokumente. Auch diese Sende-reihe des Südwestfunks, dem im abgelaufenen Jahr ein neuer Intendant und ein neuer Programmleiter frische Impulse gegeben haben, werden viele Hörer mit Gewinn verfolgt haben.

Der Jahreswechsel ist für unsere Funkhäuser in jedem Jahr ein Anlaß zu Rückblicken. Unverständlicherweise gab der Westdeutsche Rundfunk in diesem Jahr wieder seinem umstrittensten Mitarbeiter Peter Bender 45 Minuten lang Gelegenheit zu einem repräsentativen Rückblick auf die politischen Ereignisse des Jahres 1965. Das Deutsche Fernsehen ließ sein „Portrait eines Jahres“ trotz der Erfahrungen des vergangenen Jahres wieder von Thilo Koch herstellen. Trotz mehrerer Mitarbeiter und Regisseure, eines Produktionsleiters und eines Regisseurs entstand so ein Portrait, das nicht frei war von Langeweile, von Schablonen und oberlehrerhaften Kernsätzen. Da war die sympathische und sachliche „Chronik 65“ von Rudolf Radke im ZDF diesmal um Längen besser. Auch der Rückblick der ZDF-Kommentatoren unter Leitung von Professor Waldemar Besson war aus- und abgewogener als Theo Sommers scharfer Kommentar über „ein verschenktes Jahr“ im Deutschen Fernsehen.

## Narren-Ärger

Fortsetzung von Seite 4

der an diesen Staatsvertrag gebunden ist und sein Geld zum Teil dafür bezieht, das Programm in Übereinstimmung mit eben diesem Verträge zu halten. Selbst der NDR hat überdies Aufsichtsgremien, die kritisch und freiheitlich genug sind. Entscheidungen des Intendanten nachzuprüfen. Bei „Hallo Nachbarn“ wird das noch gesehen. Man wird hören, worum es bei der Sendung gegangen ist, und man wird dann vielleicht sogar begründet an der Entscheidung des Intendanten Anstoß nehmen können.

Die protestierende Kabarettistengilde freilich, die samt Anhang die Freiheit in Erbpacht hat und sich auf ihre Narrenfreiheit manches zugute hält, bedarf solcher Begründung nicht; sie schießt auch unbegründet durchs Gelände, allein schon, weil das Schießen soviel Spaß macht. Man könnte die Herrschaften, die derlei Schaden, den sie stiften, nur sich selbst und dem Spott überlassen, wenn der beträfe. Aber langsam wird es ungemütlich, wenn sich hierzulande Grüppchen etablieren, die sich mit dem Konformismus der gewerbsmäßigen Nonkonformisten einbilden, die alleinseligmachende Vorstellung davon zu haben, wer Demokrat ist und wer nicht, wer etwas gegen die Freiheit hat und wer für sie ist. Mit solcher Machart läßt sich herrlich manches ruinieren, vielleicht sogar die Freiheit, die die Nachbarn auf der Linken dauernd retten wollen.“

Hannoversche Allgemeine Zeitung,  
4. 1. 1966

ohg.

## Kurz und interessant

Im Bundesverkehrsministerium wird bereits ein neuer Verkehrsbauplan für das Jahrzehnt zwischen 1970 und 1980 vorbereitet. Die Planungen sind auf ein Autobahnnetz von mehr als 7000 km Länge abgestellt, das durch eine große Anzahl von vierspurigen autobahnähnlichen Bundesstraßen ergänzt werden soll.

Von 1958 bis zum 30. 9. 1965 wurden aus Bundesbesitz 11 066 Grundstücke in einer Gesamtgröße von 10 075 ha mit einem Gesamterlös von 624,9 Millionen DM verkauft. 8,1 Millionen qm wurden davon für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt.

Nach einer Untersuchung des Deutschen Industrie-Instituts dürften die DGB-Gewerkschaften im Jahre 1964 etwa 447 Millionen DM an Mitgliederbeiträgen eingenommen haben. Die acht größten DGB-Gewerkschaften besitzen allein ein Vermögen von mehr als 600 Millionen DM; das gesamte Vermögen (liquide Mittel, Beteiligungen und Anlagevermögen) des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften dürfte heute über 750 Millionen DM betragen.

## Seit Jahren bewährt

Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, die seit Jahren das Bundesministerium für Gesundheitswesen leitet, vollendete am 7. 1. 1966 das 65. Lebensjahr. Von Haus aus Juristin, hat sie sich vor der Übernahme ihres verantwortungsvollen Amtes in der kirchlichen Laienarbeit bewährt. 1953 kam sie in den Bundestag; sie wurde bald schon stellvertretende Fraktionsvorsitzende und übernahm wichtige Funktionen innerhalb der parlamentarischen Vertretung der Union. Frau Dr. Schwarzhaupt ist der beste Beweis, daß Frauen auch in der Politik ihren Mann stehen.

# Gegen Steuererhöhung

## Mittelstandskreis der CDU Bremen mit neuem Vorsitzenden

Gegen eine Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer sprach sich der Mittelstandskreis des CDU-Landesverbandes Bremen aus. Dadurch würde nicht nur die mittelständische Wirtschaft der Hansestadt geschädigt, vielmehr würden auch Betriebe ins benachbarte Niedersachsen abwandern. Andere Firmen würden davon abgehalten, sich in der Hansestadt anzusiedeln.

Der Präses der Handwerkskammer, CDU-Bürgerschaftsabgeordneter Hermann Schlüter, wertete es als ein warnendes Zeichen, daß das Aufkommen aus der Gewerbeertragssteuer in Bremen stagniere. Das ungesunde Verhältnis zwischen dem sinkenden Gewerbesteueraufkommen und den leicht steigenden Einnahmen aus der Lohnsummensteuer mache die schwierige Situation deutlich, in der sich die mittelständische Wirtschaft befinde. In Bremens mittelständischer Wirtschaft sind rund 170 000 Arbeitnehmer beschäftigt.

Der neugewählte Vorsitzende des Mittelstandskreises, Markus Kraus, stellte folgende Forderungen für die Zukunft auf:

- das gegenwärtige Umsatzsteuersystem soll durch die Mehrwertsteuer ersetzt werden;
- zumindest soll der Gewerbesteuer-Freibetrag erhöht werden;
- außerdem müsse die Eigenkapitalbasis der Unternehmen verbessert werden.

Als spezielle Aufgabe des CDU-Mittelstandskreises für Bremen bezeichnete es Kraus, das Finanzgebaren der öffentlichen Hand sorgfältig zu beobachten.

Kraus' Vorgänger, Diederich Menke, kündigte auf der Tagung an, daß sich der Bundesvorstand des Mittelstandskreises der CDU in Kürze eingehend mit den Subventionen für die Landwirtschaft befassen wird.

# Blumenfeld auf Platz 1

## CDU Hamburg nominierte Kandidaten für die Bürgerschaftswahl

Mit dem Landesvorsitzenden Erik Blumenfeld als Spitzenkandidaten geht die CDU Hamburg in den Wahlkampf für die Bürgerschaftswahlen, die im März 1966 stattfinden werden. Die Kandidatenliste umfaßt auf den relativ sicheren ersten 50 Plätzen zur Hälfte neue Namen. Die Liste wurde mit 81 von 142 Stimmen gebilligt.

Wie Landesvorsitzender Blumenfeld dazu erklärte, ist es das Ziel der Hamburger CDU, nach der Wahl den Senat mitzubilden. Blumenfeld kündigte in diesem Zusammenhang für Januar die Aufstellung einer Regierungsmannschaft an. Der Wahlkampf werde hart, aber fair werden.

Neben der Erneuerung der Kandidatenliste ist auch eine erfreuliche Verjüngung festzustellen. Das Durchschnittsalter der Bewerber um ein Bürgerschaftsmandat sank von 53 auf 47 Jahre. 75 Prozent der Kandidaten sind evangelisch, 25 katholisch. Bei der Wahl im Jahr 1961 waren 78 evangelisch und 22 katholisch.

Auf den fünf Spitzenplätzen der CDU-Liste stehen Erik Blumenfeld, Dr. Wilhelm Witten (Vorsitzender der CDU-Bür-

gerschaftsfraktion), Carl Damm (stellvertretender Fraktionsvorsitzender), Charlotte Fera (Vorsitzende der Landes-Frauenvereinigung) und Dr. Wilhelm Imhoff (stellvertretender Landesvorsitzender).

Unter den neuen Kandidaten befinden sich u. a. auf Platz 11 der Landesvorsitzende der Jungen Union, Jürgen Echternach; auf Platz 19 der Bundesvorsitzende der DAG-Jugend, Eduard Prosch; auf Platz 26 der Pressereferent des Landesverbandes, Gert Boysen; auf Platz 34 der stellvertretende Vorsitzende des CDU-Bundesausschusses für Verteidigungspolitik, Volker Starke.

Mit 25 Jahren ist Gunnar Uldall der jüngste Kandidat, Senior unter den Erwerbern ist mit 76 Jahren Alfred Brockhagen.

# SPD lehnt Milchpfennig ab

## Opposition argumentiert ohne Fachkenntnis

Zu der Entscheidung der SPD, die weitere Bewilligung der Landeszuschüsse zur Erhöhung des Auszahlungspreises für Qualitätsmilch zu torpedieren, stellt die CDU Schleswig-Holsteins fest:

Die SPD hat zu erkennen gegeben, daß sie ohne Rücksicht auf die derzeitige Situation der Landwirtschaft bereit ist, aus parteitaktischen Gründen die Einkommenslage unserer Bauern weiter zu schmälern. Sie mißachtet damit den Parlamentsbeschluß, demgemäß das Land sich

zur Auszahlung von zwei Pfennigen pro Liter Qualitätsmilch verpflichtet hat.

Es widerspricht den bisher auch von der SPD anerkannten parlamentarischen Gepflogenheiten, daß eine zufällige — durch Witterungseinflüsse bedingte — Ausschlußmehrheit rigoros die Lage ausnutzt, es widerspricht ebenso den parlamentarischen Gepflogenheiten, daß Oppositionsführer Käber gegen eine Ausschlußvorlage — noch dazu in Unkenntnis der Begründung im einzelnen — bereits vor der Beratung in aller Öffentlichkeit polemisiert. Sein Votum gegen den Landesmilchpfennig wird vollends unhaltbar, wenn er — diesmal unter Ausschluß der Öffentlichkeit — mitteilt, der Erzeugerpreis für Milch sei nicht ausreichend.

Die CDU in Schleswig-Holstein wird diesen schlechten politischen Stil der Opposition nicht hinnehmen. Sie wird Sorge tragen, daß die im Parlament getroffene Entscheidung respektiert wird. Der Finanzausschuß des Landtages wird, wie der Vorsitzende Staatsrat Mentzel mitteilt, das Thema in einer der nächsten Sitzungen erneut behandeln und die Entscheidung vom 24. November korrigieren.

## Kühlthau gewählt

Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Walter Kühlthau wurde durch Beschluß des Landesgruppenvorstandes Nordrhein-Westfalen des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) auf die Dauer von vier Jahren zum Landesgruppenvorsitzenden des VKU gewählt.

# VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

## Patenschaften ausbauen

Für einen Ausbau der Patenschaften zwischen ost- und westdeutschen Städten und Gemeinden hat sich der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Richard Hackenberg ausgesprochen. Vor dem Vertriebenen- und Flüchtlingsausschuß der CDU-Landtagsfraktion forderte Hackenberg vor allem eine stärkere Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeiten über die Vertreibung. Hackenberg nannte in diesem Zusammenhang Stipendien und finanzielle Unterstützung bei Dissertationen über ostkundliche Themen.

## Dritter Fünf-Jahres-Plan?

Für die Vorbereitung eines dritten Fünf-Jahres-Planes für die Eingliederung der Ostbauern hat sich das heimatvertriebene Landvolk in der Ackermann-Gemeinde eingesetzt. Nach Ablauf dieses dritten Planes soll die Wiederansetzung der aus Ost- und Mitteldeutschland vertriebenen Bauern nach Ansicht der Ackermann-Gemeinde gelöst sein. In diesem Zusammenhang wurde eine Aufstockung des zweiten Fünf-Jahres-Planes vorgeschlagen, um die gestiegenen Bau- und Bodenpreise aufzufangen.

## Eingliederung fortsetzen

Die Eingliederung der Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge ist nach Mitteilung des Bundesvertriebenenministeriums noch nicht abgeschlossen. Wie Bundesvertriebenenminister Dr. Gradl dazu erklärte, besitzen rund 15 Prozent der von seinem Ministerium Betreuten noch keine ständige Wohnung. Der Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge an den untersten Einkommensstufen ist erheblich höher als der der Einheimischen.

## Neue Anzeige gegen Ulbricht

In einem Telegramm an Generalbundesanwalt Dr. Martin hat der Schatzmeister des CDU/CSU-Landesverbandes Oeder-Neiße und Bundestagsabgeordnete Edelhart Rock erneut Strafantrag wegen Mordes gegen SED-Chef Ulbricht erstattet. Bereits im Sommer 1965 hatte Rock Ulbricht angezeigt, war jedoch abgewiesen worden, da eine Strafverfolgung an den derzeitigen Strafprozeßbestimmungen gescheitert wäre. Rock hat den Generalbundesanwalt nun gebeten, für die beabsichtigte Strafrechtsreform Vorschläge für eine Änderung der Strafprozeßordnung zu machen, die ein Verfahren wegen Mordes auch bei Abwesenheit des Beschuldigten ermöglichen.

## Der Bundesregierung gedankt

Die Landsmannschaft der Oberschlesier hat der Bundesregierung für ihre stets klare Haltung zum Rechtsstandpunkt in der Deutschlandfrage gedankt. Im übrigen hat die Landsmannschaft den Briefwechsel zwischen dem deutschen und dem polnischen Episkopat als einen Schritt auf dem Weg der Versöhnung begrüßt, die die Landsmannschaft seit ihrem Bestehen anstrebt.

# 50 Milliarden DM Verlust

## Eine aufschlußreiche Studie des Heimatverdrängten Landvolks

Auf etwa 50 Milliarden DM belaufen sich nach den heutigen Verkehrswerten die Verluste, die aus Mitteldeutschland in die Bundesrepublik geflüchtete Landwirte erlitten haben. Seit 1945 sind über 100 000 Landwirte aus der sowjetischen Besatzungszone in den freien Teil Deutschlands gekommen.

Wie aus einer vom Heimatverdrängten Landvolk, der Organisation der vertriebenen und geflüchteten Landwirte, veröffentlichten Broschüre hervorgeht, werden gegenwärtig nur noch rund 400 000 Hektar oder 6,3 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Mitteldeutschlands privat und ohne Zwangskollektiv bewirtschaftet.

In der Broschüre wird erneut darauf hingewiesen, daß sich die „Agrarpolitik“ der SED-Machthaber nicht — wie vorgegeben — gegen Großgrundbesitzer, sondern besonders stark gegen kleine und mittlere Bauern richtet.

Dabei sind die Kommunisten Mitteldeutschlands erheblich über die in ande-

ren kommunistischen Ländern gesteckten Ziele hinausgegangen. In Polen beispielsweise wird noch rund die Hälfte des Bodens privat bewirtschaftet.

Aufgrund des Flüchtlingsiedlungs- und des Bundesvertriebenenengesetzes sind in der Bundesrepublik bisher 160 845 landwirtschaftliche Voll- und Nebenerwerbsstellen für Ostbauern eingerichtet worden. Diese Bauern bewirtschaften zusammen fast 660 000 Hektar Land. Allein fast zwei Drittel dieser Betriebe liegen in den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Aus öffentlichen Mitteln wurden zur Förderung der Ansiedlung vertriebener und geflüchteter Landwirte bisher über 6 Milliarden DM aufgewendet.

# Für die Freiheit aktiv sein

## Für „Wirtschaftsflüchtlinge“ aus Ostblockländern eingesetzt

Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für alle sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge aus den kommunistischen Ostblock-Ländern hat der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Richard Hackenberg gefordert. Er nannte es „tief beschämend“, daß Flüchtlinge von deutschen Behörden in ihre Heimatländer abgeschoben worden seien, wo sie zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Vor der Jungen Union Frankfurt betonte Hackenberg, der Westen mache sich unglaublich, wenn er Menschen, denen die Flucht in die Freiheit gelungen ist, wieder in die kommunistischen Länder zurückschicke. Im übrigen sei die Wirtschaft der freien Welt in der Lage, die „Wirtschaftsflüchtlinge“ aufzunehmen. Allein in der Bundesrepublik seien 700 000 Stellen unbesetzt.

Hackenberg appellierte bei dieser Gelegenheit an alle Deutschen, die selbst in der Vergangenheit in Unfreiheit leben mußten, sich aktiv für die Freiheit einzusetzen. Deutschlands Ansehen und Vertrauen bei den osteuropäischen Nachbarvölkern könne durch eine hilfsbereite Haltung gegenüber den Flüchtlingen aus diesen Ländern gestärkt werden.

Die Ackermann-Gemeinde hat inzwischen politisches Asyl für die Wirtschaftsflüchtlinge gefordert, weil der zwangsweise Abschub in ihre Heimatländer sie der Strafverfolgung aussetze. Eine Revision der gegenwärtig gültigen Asylbestimmungen sei gerade unter diesem Gesichtspunkt ein Gebot der Menschlichkeit.

Wie dazu das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Leicht erklärte, erhalten „Wirtschaftsflüchtlinge“, die ihre Heimat nicht aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verlassen haben, in der Bundesrepublik grundsätzlich kein Asylrecht. Es kann ihnen aber eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Nach den neuen Verwaltungsvorschriften werden asylsuchende Ausländer vom

„Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ in Zirndorf überprüft, das sich aber nur mit zweifelhaften Fällen befasse. Wenn eindeutig eine politische Verfolgung feststehe, könnten die zuständigen Länderbehörden selbst die Entscheidung über den Flüchtling treffen.

## Dokumentation gefordert

Die CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Becher, Dr. Gleissner und Prochazka haben die Vorlage einer Dokumentation über die in Jugoslawien an deutschen Soldaten und Volksdeutschen begangenen Verbrechen und eine Überprüfung des deutsch-jugoslawischen Reiseverkehrs gefordert. In einer Stellungnahme zu dem Todesurteil gegen einen deutschen Touristen, der angeblich 1945 einen Jugoslawen ermordet haben soll, erklärten die Abgeordneten, es gehe nicht an, daß deutsche Touristen wegen angeblicher Untaten bestraft würden, während jugoslawische Verbrecher ungeschoren bleiben, „die sich an den Massakern gegen Jugoslawiendeutsche und deutsche Kriegsgefangene beteiligt haben“.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31. — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

# Zehn Leitgedanken

## Kommunalpolitische Vereinigung zur Finanzpolitik

**Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU in Nordrhein-Westfalen hat aus der Sorge um die angespannte Haushaltslage in den Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden des Landes zehn Leitgedanken zur kommunalen Finanzpolitik entwickelt, die über das Land hinaus Bedeutung haben.**

In diesen Leitgedanken wird betont, daß auch die kommunalen Vertretungen Sorge dafür tragen müssen, das Währungs- und Preisgefüge in der Bundesrepublik zu sichern. Damit ist klargestellt, daß die öffentlichen Ausgaben auch auf Gemeindeebene nur in dem Maße steigen dürfen, wie sie der Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit erlaubt. Eine besondere Erschwernis für die Gemeinden kommt allerdings bei der Darlehensaufnahme durch einen Ministererlaß hinzu, durch den die Genehmigung der Darlehensaufnahme mit einem Effektivzinsatz über 7,6% vorübergehend untersagt worden ist. Ähnlich wie auf dieser Seite unserer Informationsdienstes vom Rat der Stadt Dortmund berichtet wird, so hat auch die Kommunalpolitische Vereinigung festgelegt, daß als Voraussetzung für die Inangriffnahme von Bauvorhaben eine Prüfung der Dringlichkeit zu erfolgen hat.

Auch die Investitionen dürfen nicht dazu führen, daß die jeweilige Gemeinde in der Folgezeit untragbar verschuldet wird. Deshalb dürfen Investitionen nach Ansicht der Kommunalpolitischen Ver-

einigung nicht an der Deckungsmöglichkeit nur eines Rechnungsjahres orientiert werden, sondern sind in eine langfristige Finanzpolitik einzuordnen. Was die freiwilligen Ausgaben der Gemeinden betrifft, so fordert die Kommunalpolitische Vereinigung, daß auch hier die Neubegründung wie die Ausweitung dieser Ausgaben sich nach den Möglichkeiten der gesamten Finanzlage zu richten haben. Die Ratsvertretungen sollten sich nicht scheuen, Wünsche auf neue Subventionen mit gebührender Zurückhaltung zu behandeln; das auch dann, wenn die Vorhaben eine gewisse Dringlichkeit aufweisen.

### Tauziehen

Die Saarmetropole wählt Mitte 1966 einen neuen Oberbürgermeister. Diese Position hat zur Zeit Fritz Schuster von der FDP/DPS inne. Die Sozialdemokraten, die heute mit 21 Mandaten die größte Fraktion stellen, bereiten sich intensiv auf die kommende Machtprobe vor. Die CDU erhielt bei den letzten Kommunalwahlen 13 Sitze im Stadtparlament. Die SPD setzt alles daran, den Oberbürgermeisterstuhl in der Landesmetropole zu erobern. Als Kandidaten sind im Gespräch: ihr erster Landesvorsitzender, Exminister Kurt Conrad, und der Direktor der Saarbrücker Stadtwerke, der SPD-Kreisvorsitzende Karl Heinz Schneider. Die Union zeigt sich bemüht, im Bereich ihrer zwölf Saarbrücker Ortsverbände ein Klima zu erzeugen, mit dem es ihr gelingen könnte, die SPD-Offensive abzuschlagen. Sie macht sich zur Sprecherin aller Bürger und deren Beschwerden. In diesem Sinne hat jetzt die CDU-Stadtratsfraktion an den Oberbürgermeister drei Eingaben gerichtet.

### SPD-Moser sagt „nein“

Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Saar und sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Leo Moser lehnte vor Betriebsräten und Vertrauensleuten der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen jede Art von Notstandsgesetzgebung ab. Er vertrat die Auffassung, daß im Falle eines inneren Notstandes die vorhandenen Bestimmungen des Grundgesetzes ausreichen, um der Situation Herr zu werden. SPD-Moser polemisierte hart gegen die Bundesregierung und erklärte, daß man ihr nicht Glauben schenken könne, bis sie ihre Karten offen auf den Tisch lege.

Bei dieser Situation ist es selbstverständlich, daß die Kommunalpolitische Vereinigung daran erinnert, alle Steuerquellen in den Gemeinden auszuschöpfen, wenn sie auch sagt, daß die gemeindlichen Steuern nach der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen festzusetzen sind. Ein ernstes Wort richtet die Kommunalpolitische Vereinigung auch an die Landkreise, wenn sie sagt, daß die Kreisumlage nur in dem Umfang erhoben werden sollte, wie sie zur Deckung des Finanzbedarfs des Landkreises unbedingt notwendig ist und nur soweit die sonstigen Einnahmen den Finanzbedarf nicht decken. Es sollte vielleicht schärfer als in der Vergangenheit geprüft werden, ob der Hebesatz der Kreisumlage die kreisangehörigen Städte und Gemeinden nicht zum Schaden ihres eigenen Haushalts zu hoch belastet.

Diese Leitgedanken sind allen CDU-Frakturen in den Städten und Gemeindeverbänden des Landes zugegangen. Es ist zu hoffen, daß sie dort auf fruchtbaren Boden fallen werden.

## Unrecht in Dortmund

### CDU-Fraktion unzufrieden mit der Verteilung des Schulraumes

**In diesen Tagen haben in den meisten Städten der Bundesrepublik die Beratungen über den nächsten Haushaltsplan stattgefunden. In einer ganzen Reihe dieser Städte haben die CDU-Frakturen ein klares Wort der Abgrenzung zu den anderen im Rat vertretenen Parteien gesprochen.**

Als Beispiel für viele soll hier die Rede des Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion in Dortmund, Brinkmann, zitiert werden. Dortmund sieht sich nach den Worten des CDU-Fraktionsvorsitzenden in der gleichen Lage wie viele andere Städte: hoher Schuldenstand mit steigender Tendenz bei dringenden Aufgaben und Ausgaben; große Investitionsmaßnahmen, die nicht einmal ausreichen, um die tatsächlichen Bedürfnisse zu decken.

Stadtverordneter Brinkmann machte sich zum Sprecher aller Kommunalpolitiker, als er den Wunsch nach einer grundlegenden Finanzreform aussprach. Solange diese nicht zur Zufriedenheit aller Beteiligten durchgeführt werde, sei es unmöglich, an den Gemeindesteuern zu manipulieren. Die gesetzgebenden Parlamente dürften das Realeinkommen der Gemeinden durch die Steueränderungsgesetze nicht schmälern, ohne daß sie für die Dauer einen brauchbaren Ersatz schaffen.

Da aber das Ziel der Finanzreform im Moment nicht verwirklicht zu werden scheint, sind die Kommunalvertretungen ebenso wie Bund und Länder gezwungen, bei ihren Ausgaben kurzzutreten. Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund hat daher bereits im vergangenen Jahr einen Investitionsplan gefordert und nun zusätzlich eine Dringlichkeitsliste, um Klarheit über alle Maßnahmen zu bekommen, die in absehbarer Zeit den Haushalt der Stadt in dieser oder jener Form belasten werden.

Auf ein spezielles Thema ging der CDU-Fraktionsvorsitzende ein, als er die Schulraum-Situation in der Stadt Dortmund behandelte. Nach seinen Worten ist vor allen Dingen die Verteilung des neugebauten Schulraums in den Volksschulen ein „immer wiederkehrendes Ärger-

nis in der Dortmunder Bevölkerung“. Nach dem Stand vom 15. Mai 1965 gibt es in Dortmund insgesamt 145 Volksschulen. Dabei sind die Sonderschulen nicht miteinfaßt. Es werden in 69 Gemeinschaftsschulen 31 005 Kinder in 49 katholischen Schulen 16 076 und in 27 evangelischen Schulen 10 976 Kinder unterrichtet. Von den 69 Gemeinschaftsschulen befinden sich 36 Schulen in Neubauten oder in modernisierten Bauten; das sind 52,2%. Von den 49 katholischen Schulen sind nur 14 in Neubauten oder modernisierten Bauten untergebracht; das sind 28,6%. Bei den 27 evangelischen Schulen sind es 10 Neubauten oder 37%.

Nimmt man die Schülerzahlen, erläuterte Stadtverordneter Brinkmann, zur Grundlage der Berechnung, so verschiebt sich das Bild noch krasser. Die erwähnten 36 Gemeinschaftsschulen mit 20 816 Schülern bedeuten 67,1% der Schülerzahlen, die 14 katholischen Volksschulen mit 4473 Schülern bedeuten 28,0% und die 10 evangelischen Volksschulen mit 4305 Schülern bedeuten 28,6% der Schülerzahlen. Mit anderen Worten rund zwei Drittel aller Schüler in Gemeinschaftsschulen gehen in eine neue Schule, aber nicht einmal ein Drittel der Schüler der Konfessionsschulen haben das Glück, einen Volksschulneubau zu besuchen.

Die CDU-Fraktion in Dortmund stellt durch ihren Fraktionsvorsitzenden fest, solange das Schulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen drei gleichberechtigte Volksschulsysteme vorsieht und gesetzmäßig verankert hat, sollte man auch in Dortmund dieses Problem nicht auf anderen Wegen zugunsten der Gemeinschaftsschule regeln: „Wir sind nicht bereit, diese Sachlage einfach hinzunehmen. Niemand hat das Recht, für oder gegen ein Schulsystem zu arbeiten.“